

„Die Ukraine und die Frage nach dem Frieden“

STUDIEN TAG Das Evangelische Bildungswerk informierte und diskutierte.

WEISSENBURG - Viele Frauen, Kinder und auch Männer aus der Ukraine sind seit März in den Landkreis gekommen, um vor dem Angriffskrieg Zuflucht zu finden. Das Evangelische Bildungswerk Jura-Alt- und Hohenkamm lud nun zu einem Studientag mit dem Motto: „Die Ukraine und die Frage nach dem Frieden“.

Nach der Begrüßung von Dekanin Ingrid Gottwald-Weber erinnerte Dr. Frank Zimmer, Pfarrer in Thalmassing St. Gotthard, in seinem Referat an die Nuklearkatastrophe in Tschernobyl. Den Ort hatte er im September letzten Jahres besucht. Er nahm seine Zuhörer mit auf die ebenso spannende wie erschütternde Bilderreise durch die 30-Kilometer-Sperrzone, vorbei an aufgegebenen Ortschaften bis hin zum havarierten Reaktor.

Geisterstädte

Besonders eindrücklich waren die Aufnahmen der ehemals 55.000 Einwohner zählenden sowjetischen Munizipalität Prypjat, die aufgrund der geringen Entfernung zur Explosion innerhalb von nur zwei Stunden aufgegeben werden musste und heute ein gespenstischer Ort ist.

Zimmer stellte fest, der auch darauf hinwies, dass sich Fauna und Flora in der Sperrzone seit 1986 an die Strahlung angepasst haben, und heute dort mehr Tiere und Pflanzen gedeihen als vor der Katastrophe:

„Anscheinend stellt der Mensch für die Schöpfung eine größere Bedrohung dar als die radioaktive Strahlung.“



Foto: Pivari

Sinnbildlich für den Nationalstolz einer Nation, die es historisch nicht einfach hatte.

Die geschichtlich-historische Entwicklung der Ukraine sollte der Etenstatter Pfarrer Joachim Piephans referieren. Da er wegen einer Coronaverkrankung kurzfristig ausfiel, übernahm Dekanin Gottwald-Weber Piephans Part. Die 31 Jahre andauernde Unabhängigkeit ist dem noch jungen Staat wichtig und die Menschen wollen sie bewahren, erklärte Gottwald-Weber, die den geschichtlichen Bogen bis zur „Kiewer Rus“, einem frühen Slawenreich spannte. Nach dem Mongoleneinfall Mitte des 13. Jahrhunderts bildeten sich dort viele kleinteilige Herrschaftsgebiete, die in West und Ost eine unterschiedliche Entwicklung nahmen. Die westukrainischen Gebiete Galizien und Wolhynien waren bis 1772 polnisch, dann mit der Bukowina bis 1914 Teil der österreichischen Donaumonarchie, bis sie im Zweiten Weltkrieg von Deutschen und Sowjets ihrer polnischen und vor allem jüdischen Identität beraubt wurden.

Der „Rote Hunger“

Die ostukrainischen Gebiete wurden im 16. Jahrhundert Teil des Zarenreiches und schließlich der Sowjetunion. Die Krim hatte eine eigene Geschichte. Die Unterschiede zwischen West- und Ostukraine sind sprachlich, kulturell und wirtschaftlich heute noch sichtbar, was eine Lösung im aktuellen Krieg auf Sicht

sicher nicht unbedingt einfacher macht.

Als größtes Trauma der Ukraine wirkt immer noch die Hungerkatastrophe zu Anfang der 1930er Jahre, als auf Befehl Stalins die Landwirtschaft geplündert, das Getreide der eigenen Bevölkerung entzogen und exportiert wurde, um die Schwerindustrie zu finanzieren. Fünf Millionen Menschen verhungerten bis ins Jahr 1934 in der Sowjetunion, davon drei Viertel in den staatlicherseits leer gestohlenen Kornkammern der Ukraine. Die US-amerikanische Historikerin Anne Applebaum hat für diese Epoche den Begriff vom „Roten Hunger“ geprägt.

Plädoyer für mehr „Realismus“

In einem dritten Beitrag beschrieb Prof. Dr. Reiner Anselm von der Ludwig-Maximilians-Universität München die neue Verunsicherung in der Friedensethik, das Scheitern eines biblisch motivierten Pazifismus. Militärische Aggression zur Durchsetzung eigener Interessen und Ideologien beinhaltet eine Absage gegenüber einer rechtsbasierten internationalen Ordnung und bringe sehr viel Verunsicherung mit sich.

„Realismus und Hoffnung – Leitlinien für eine evangelische Friedensethik heute“, so umschrieb der evangelische Theologe Anselm seine neue Ausrichtung der Ethik. Die The-

se, es brauche rechtserhaltende Gewalt („das Schwert“), damit das stündhafte Verhalten des Menschen zurückgedrängt werden könne, habe schon immer zur evangelischen Tradition gehört.

Kritisch sah Anselm deswegen die Friedensdenkschrift der EKD von 2007, die mit einem sehr ambitionierten Konzept internationaler Ordnung arbeite, das in dieser Form nie weltweit Zustimmung erhalten hat. Dabei habe die Demokratiedenkschrift von 1985 im deutschen Protestantismus die Weltlichkeit der politischen Ordnung und deren Korrekturen bedürftigkeit betont.

Anselm plädierte für „Realismus“, für die Orientierung an einem Nebeneinander unterschiedlicher Ordnungsmodelle, die sich auf ein Minimum an Recht, aber auch auf Abgrenzung und Sicherung der Einflussphasen einigen. Sorgfältig möge abgewogen werden, wieviel für das Aufrichten, Sichern und Stabilisieren der Ordnung aufgewendet werden soll, wobei die eigenen Soldaten optimal ausgerüstet sein sollten, sagte er in seinem Vortrag. Daneben bleibe „christliche Hoffnung auf bessere Gerechtigkeit, Entgegentreten und Überwinden von Unrecht und Gewalt“, die Triebfeder der Friedensarbeit. Mit guten Gesprächen und einem Friedensgebet endete der informative Tag.

wt/ste

WT
22.07.22